

Der Mahnruf

Kampfblatt der Werttätigen.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethengasse Nr. 20. — Spreestunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 13

Graz, März 1928

2. Jahrgang

Das Verhalten der Polizei und Justiz zum Proletariat.

Zwei Fälle, die das ganze System charakterisieren.

I.

Am 10. März riß der Wachmann Schiel ohne anzuklopfen die Wohnungstür bei dem an schwerer Lungentuberkulose darniederliegenden Proleten Wilhelm Valentinitich auf und grüllte den Kranken an: „Auf, gena!“ Dieser sollte zu einer 14 monatlichen Kerkerstrafe, trotz Ersuchen seiner Frau um Strafausschub, abgeführt werden. Der an offene Tuberkulose Leidende konnte nicht Folge leisten. Daraufhin holte der Wachmann Affizienz, drei Ladeln gegen das Steletzt im Bett.

Welleicht war unter den Dreien ein Mensch. Der Polizeiarzt wurde geholt, kam, untersuchte den Kranken aber nicht, sondern kommandierte: „Telephoniert um den grünen Heinrich!“ Dr. Siegmund ist der Name dieses Polizeidieners.

Ein Befehl besteht, wonach Kranke nicht in Haft genommen werden dürfen. Proleten gegenüber tritt dieses Befehl außer Kraft. Valentinitich wurde eingeliefert mit 38 Grad Lungenfieber.

Bis zur Stunde, wo wir diese Zeilen schreiben, bemühten sich der Lungenarzt Dr. Hörner, der an dem Kranken eine Pneumothorax (Lungenoperation) vorgenommen hat und Rechtsanwalt Dr. Spira, der das Opfer als Mitglied der Freidenker vertritt, vergebens um seine Freilassung.

Der Haftwollung bedeutet für Valentinitich im gegenwärtigen Zustand den unmittelbar bevorstehenden Tod. Das weiß die Strafhäuserverwaltung, das weiß vor allem der Strafhäuserarzt Dr. Mauerhofer. — Niederträchtig wie ein Hundsfot erklärte letzterer der Frau des Kranken: „Ich habe gar keinen Grund ihn zu entlassen, sterben kann er da und draußen“.

II.

In der Wärmestuben Märgelgrabenstraße wurde vor Wochen der 21 Jahre alte arbeitslose Landarbeiter Grundner bei einer Polizeirazzia ausgegriffen und weil er ein Prolet ohne Geld und nicht nach Graz, sondern nach Leibnitz zuständig ist, ins Schubarrest eingeliefert.

Er war in Sigendorf bei einem Bauern in Dienst, der Heiß brannte ab und nach den Abräumungsarbeiten war Grundner arbeitslos. Er wanderte nach Graz. So kam er der Polizei der bürgerlichen Regierung, die Landarbeitern keine Unterstützung gibt, in die Klauen.

Auch Grundner ist krank, er leidet an Epilepsie. Oftmals fiel der Körper in schweren Anfällen auf den Steinboden des Polizeiarrestes hin und her. — „Mir wird's schlecht“ bat er mehrmals den Polizisten. „Nia wiads a schlecht“ schmauzte der Polizist zurück und ohne Hilfe lag der Epileptiker im Polizeiarrest, bis er endlich nach einem schweren Anfall ins Krankenhaus, medizinische Abteilung, I. Stock, Zimmer Nr. 6, kam, wo die ganze Abteilung mit Empörung die Leidensgeschichte eines von der kapitalistischen Gesellschaft Gehegten vernahm.

Als er wieder ins Polizeigefängnis abgeführt wurde, weinte er vor Angst, was er wieder erleben wird. Der Wachmann sagte: „Ja, Schubhäftlinge und dazu arbeitslos und ohne Geld zu sein, müssen oft monatelang im Schubarrest verbringen“.

Und jetzt Leserinnen und Leser erinnert euch an Milica Carniziu, die den Bauernführer Paniza ermordete, sie kam für ihre Mordtat in ein Sanatorium. Erinnert euch an die Baronin Komrad, die Perlen dieblich. Trotz der Kerkerstrafe bekam sie einen Paß von der Grazer Polizeidirektion, um ins Ausland gehen zu können. Erinnert euch an den Betrüger Hohenhals, der viele Kleingewerbetreibende schädigte, zu drei Jahren Kerker verurteilt, in Graz auf freiem Fuß gesetzt wurde. An den Polizeikommissär Hampel denkt zurück, der sein Amt auf das Größlichste mißbrauchte und freizügig, an Wutte denkt, den die Polizei aus zartester Delikatesse abends nicht aus dem Bett zu holen wagte und der aus Gesundheitsrückständen recht schnell aus der Untersuchungshaft entlassen wurde.

Damit ist das System der Polizei und Justiz gekennzeichnet. Aufgabe einer kommenden Volksrevolution wird es sein, diesen Apparat zu zertrümmern.

Für die Oper!

Die Gemeinde Graz hat beschlossen, auch in Zukunft jährlich 400.000 S zur Erhaltung der Oper auszugeben. Alle Parteien, auch die Sozialdemokraten, billigen diese Ausgabe für das Unterhaltungsbedürfnis des Bürgertums.

Für die Arbeitslosen

wird die Gemeinde als Ofteraushilfe nur einen Waden Brot haben. Die Gemeinderäte sagen sich

wohl, mehr ist dormalen nicht notwendig, um den Hungerleibern das Maul zu stopfen. Wenn sie aber einmal nahe daran sind, zu rebellieren, können wir ja eine Erhöhung der „Veruhigungsration“ beschließen.

Hungerrevolten in Italien.

In Bologna sammelten sich Hunderte von Frauen und Kinder vor den Bäckereien und riefen: „Brot, Brot, nieder mit dem Bakzismus“. Mitzischschuß in die Demonstranten. Circa 30 Personen blieben schwer verletzt am Straßenpflaster liegen.

Butter am Kopf!

Die Öffentlichkeit ist über die Rüstungen bei Polizei und Wehrmacht unterrichtet. Militär- und Polizeikaserne zeigen in ihrem Innern ein Bild wie die Kaserne vor dem Kriegsausbruch, als die Truppen und die diversen Nordgeräte zum „Loschlagen“ bereit standen. Der Sozialdemokrat Deutsch hat an den Bundeskanzler die Frage gerichtet, gegen wann gerüstet wird. Warum fragen, anstatt den Kanonen wie Geißel, Baugoin's, Hartwig usw. ihre heuchlerische Frage vom Gesicht zu reißen und ihnen die Anlage ins Gesicht zu schleudern, daß sie mit kühlem Vorbedacht Arbeitermord organisierten. Die Regierungskumpen wissen, daß diesen Ausbeutungsmethoden, die sich immer mehr steigern und unter deren Last die Werttätigen in Stadt und Land zusammenbrechen, der offene Aufruhr folgen muß, weil sich jeder seiner Haut wehrt, bevor man sie ihm vom Leib zieht. Der Aufruhr der Ausgebeulerten hungernden, getretenen, rechtlosen Massen, ist das Gespenst, wovor sich die Regierenden im Schuldbewußtsein ihrer Verbrechen, die sie Tag für Tag an den Werttätigen begehen, fürchten. Deshalb umgeben sie sich mit einer Polizei und Wehrmacht, die immer reaktionärer, willensloser gestaltet wird. Deshalb häufen sie in den Kavernen Munitionskisten auf Munitionskisten, bauen spanisch: Kutter und bestellen Tanks, Massenmordmaschinen im Ausland. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung schafft Festungen für ihre Drohnen, um sie vor den Tritten der empörenden, maßlos gequälten Massen zu schützen. Niemand darf gesehen, es muß für die Bourgeoisie ein Scheißh-Qual sein zu wissen, daß sie dereinst wie von einer aufgestachelten Elefantenherde in den Staub getreten wird, als ob sie nie existiert hätte. Baugoin saß in einer Versammlung: „Wir rüsten nicht gegen die ausländischen Staatsbürger“. Also gegen die unanständigen und das sind die Arbeiter, die ein Recht zur Rebellion als Unterdrückte haben. Jetzt euch nicht ihr Lumpen und kaltberechnete Mordgesellen in der Regierung, die ihr Söldlinge für den Straßenkampf mit Dumdum-Geißeln ausgerüstet habt, daß euer Macht nicht gebrochen wird. Sie wird gebrochen, trotz Tanks und Maschinengewehre. Die Vergangenheit ist Jauge.

Auf die Erregung des Proletariats antwortet Baugoin: „Deutsch selbst war es gewesen, der zur Zeit als er Staatssekretär war, der Polizei Maschinengewehre gegeben hat und der Sozialdemokrat Diet hat in Deutschland ebenfalls Lafeln auf die Straße gestellt, wer weitergeht wird erschossen“. Stimmt!

Der Lump, der zum Arbeitermord rüstet, hat recht.

Die sozialdemokratische Parteiführung hat Butter am Kopf. Ihre größte Schuld ist die Wehrmacht und die Polizei und Gendarmerie im Jahre 1918 an das reaktionäre Offiziersgesindel ausgeliefert zu haben, anstatt aus ihnen dem Proletariat ergebene Proletariatskader zu schaffen.

Die „Neutralisierung“ der Kirche und die religiösen Sozialisten.

Von Theodor Hartwig, Vorsitzender d. Freidenker-Internationale. (Entnommen aus „Wahrheit und Takt“).

Nietzsche hat einmal gesagt, daß jede Philosophie auf eine bestimmte Moral hinausläuft. Und da jede Moral zu 90 Prozent aus Politik besteht, so kann man auch sagen, daß jede Philosophie auf eine bestimmte Politik hinausläuft: sie trägt sozusagen das Rainszeichen der Politik an ihrer angeblich so reinen, das heißt „objektiven“ Erkenntnisfront.

Auf welche „Moral“ läuft nun Otto Bauers „Philosophie“ von der Privatsache Religion hinaus? Er gesteht es selbst in seiner Broschüre; seine tiefste Sehnsucht wäre erfüllt, wenn man die Kirche zu einer neutralen Haltung veranlassen könnte. Wie schön wäre es doch, wenn die Bischöfe in Österreich gezwungen wären, sich so arbeiterfreundlich einzustellen, wie die anglikanischen Bischöfe. Natürlich gibt es in England so gut wie gar keine Freidenkerbewegung. Merktst du was, lieber Leser?

Das Beispiel mit der anglikanischen Kirche ist Otto Bauer gründlich daneben geraten. Die Verhältnisse in England liegen so, daß ein Vergleich dieses Landes mit Österreich aus soziologischen und psychologischen Gründen gar nicht möglich ist. Das Weltproletariat ist eben keine einheitliche Masse, weder nach seiner ökonomischen Lage, noch nach seiner ideologischen Einstellung. Marxistisch denken heißt in jedem einzelnen Falle konkret denken. Analogien verwirren nur den klaren Tatbestand. Der religiöse Rat Donald ist eine von Grund aus andere Erscheinung als der „religiöse“ Österreicher Max Adler.

Es wäre natürlich oberflächlich, wenn ich den Spieß umkehren wollte; da die anglikanische Kirche „neutral“ ist, so gibt es in England keine proletarische Freidenkerbewegung. Die Sache liegt tiefer: Der englische Arbeiter lebte Jahrzehnte verhältnismäßig gut auf Kosten des Kolonialproletariats. Der englische Arbeiter war sozusagen mitbeteiligt an dem Profit des englischen Unternehmertums und sein Klassenkampf bestand hauptsächlich darin, sich einen entsprechenden Profitanteil zu sichern. International eingestellt war das englische Proletariat in seiner Masse nicht — Ausnahmen befähigen nur die Regel — denn es hatte vom Internationalismus nichts zu profitieren. (Das klingt beleidigend vom Standpunkt der bürgerlichen, verlogenen Moral, die mit „Idealen“ nur so herumwirft, um ihre sehr materiellen Interessen besser zu wahren, aber ein Marxist wird auch vom aufstrebenden Proletariat nichts übermensliches verlangen.) Erst nach dem Weltkriege ist der englische Arbeiter „radikalisiert“ worden; auch er hat die Arbeitslosigkeit kennen gelernt, die in England hauptsächlich durch die während des Welt-

krieges rasch fortschreitende Industrialisierung Indiens bewirkt wurde. (Vgl. Edo Stummens „Die vereinigten Staaten von Europa oder Europa-T.-O.“)

Aus alledem ist ersichtlich, warum die Kirche in England — äußerlich — „neutral“ ist. Der englische Kapitalismus hat bisher auf den religiösen Beeinflussungsapparat verzichten können und auch in neuester Zeit versucht er es lieber mit „neum reaktionären Gewerkschaftsgeboten“. Eine Umstellung der Kirche würde Generationen erfordern; das ist zu teuer, da kommen Maschinengewehre für den Inselbedarf noch billiger.

Die anglikanische Kirche ist daher in einem ganz anderen „Staatsverhältnis“, als die katholische Kirche in Österreich; Änderungen im Kirchenapparat bedürfen in England der parlamentarischen Genehmigung und wir werden vielleicht bald das größte Schauspiel erleben, daß das projektierte neue Gebetbuch (es wird darin auch ein neues Gebet für den Böhmerbund enthalten sein!) im englischen Parlament punktweise verhandelt werden wird.

Wie wenig neutral übrigens die anglikanische Kirche ist, so neutral auch ihre Kundgebungen nach außen erscheinen mögen, das bewies ihre Haltung bei den Verhandlungen über das Gesetz, die Kinderarbeit betreffend, und das beweist neuerdings die Volkssache, die auf dem „Weltkongress für praktisches Christentum“ in Stockholm 1925 unter Mitwirkung der anglikanischen Kirche ausgegeben wurde. Man kann auch wirklich nicht gut von der Kirche Neutralität verlangen, denn sie lebt ja heute nurmehr von ihrer Nichtneutralität.

Eine ganz andere Rolle hingegen spielt die schwarze Polizei seit Jahrzehnten in Österreich. Wer von dieser politischen Machtorganisation im Dienste der herrschenden Klasse — von „Glaubensgemeinschaft“ zu sprechen, wäre Hohn! — Neutralität erwartet, ist Utopist schlimmster Sorte. Es war ganz vergebene Liebesmüh, wenn der Ringer Parteitag seine Bürgerfriedensschalmieren ertönen ließ: „Im Gegensatz zum Klerikalismus, der die Religion zur Parteisache macht . . . betrachtet die Sozialdemokratie die Religion als Privatsache des einzelnen“.

Die richtige Antwort blieb nicht aus. Die Konferenz der österreichischen Bischöfe hat das verhängte Koalitionsangebot mit einem Fichtenbrief (Weihnachten 1925) abgelehnt: „Christlicher Arbeiter, du gehörst nicht in die Sozialdemokratie, nicht in die sozialdemokratische Gewerkschaft . . . Die Sozialdemokratie ist dein Verderben und das Verderben der Gesellschaft. Arbeite nicht selbst an deinem Verderben mit. Zeitliche Vorteile vermögen das Verderben an deiner Seele nicht aufzuwiegen. Die Entscheidung drängt. Sei jeder sich seiner Pflicht bewußt! Bemüht euch, euch aufzuraffen, in euren eigenen christlichen Organisationen eure Reihen zu stärken!“

Der langen Rede kurzer Sinn lautet: Christentum verpflichtet zur christlichen Gewerkschaft!

Das nenne ich eine klare Hinführung! Die katholische Kirche weiß ganz genau, daß sie nur die wahrhaft Gläubigen fest in der Hand halten kann. Aber die Halb- und Viertelgläubigen, Schein- und Matrifenchristen macht sie gottgegeben das Kreuz. Aber bei den Armen im Geiste, die noch magisch denken und denen Segenfeuer und Hölle näher gehen als „zeitliche Vorteile“, da läßt sie nicht locker. Diese Gläubigen wird die Partei nie gewinnen und wenn sie noch so strenghaft die Religion zur Privatsache des einzelnen erklärt. Schöne Privatsache das, wenn man dafür in der Hölle schmoren muß!

Nur dort, wo die proletarischen Freidenker vorgearbeitet, die Kirche als politische Institution entlarvt, das magische Denken abgebaut und marxistische Einsichten vermittelt haben, reißt die Saat des Sozialismus. Es ist auch utopisch, zu erwarten, daß wahrhaft Gläubige jemals für die Trennung von Staat und Kirche eintreten werden, solange die Kirche selbst sich gegen diese Trennung wehrt. Nur diejenigen, die bei sich selbst die Trennung von der Kirche durchgeführt haben, werden mit allem Nachdruck für die Entpolitisierung der Kirche eintreten, weil sie nichts mehr für ihr ewiges Seelenheil befürchten und die „zeitlichen Vorteile“ der Trennung von Staat und Kirche für sich und ihre Kinder klar erkennen.

Wohin streuert Stalin?

Von Kurt Landau.

Mit dem Blutbad von Shanghai beginnt das Golgatha der chinesischen Revolution sichtbar zu werden; die neuen drei Leidensstationen heißen: **Pankau—Feng—Kanton.**

Pankau: Nachdem Tschang-tai-tschai an der Spitze der Großbourgeoisie, des rechten Flügels der Kuomintang, in Pankang eine eigene Regierung gegründet hatte, errichteten Zentrum und Linde der Kuomintang (mittel- und Kleinbürgerliche Schichten) in Pankau eine eigene Regierung. Jetzt endlich, nach den blutigen Erfahrungen, hätten die Niederlagenstrategen und Kleinbürger in der Kuomintangführung, die Stalinfraktion, ihre Linie ändern müssen; nichts geschah! Die chinesischen Kommunisten traten, mit Einwilligung der Stalinführung, in die Regierung. Die chinesischen Kommunisten drohten im Auftrage Stalins jeden Versuch der Arbeiter, eigene Klassenpolitik zu betreiben, sich zu bewaffnen. Als eine Bauernrevolution ausbrach, stellte sich der kommunistische Agrarminister an die Spitze der Strafexpedition! Gleichzeitig aber wurde von der Kuomintangführung die Regierung von Pankau als das „Zentrum der Revolution“ gefeiert. Aber ach! Alle Kapitulationen waren vergeblich, kaum jaß die

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

In mehreren Nummern werden wir darüber Aufklärung geben, damit die Arbeitslosen und die Arbeiter wissen, wie sie sich zu verhalten haben.

1.

1. Voraussetzung für den ersten Erhalt der Unterstützung ist der Nachweis, daß der Unterstützungswerber innerhalb der letzten zwei Jahre, vom Tage der Anmeldung zurückgerechnet, 140 Arbeitstage nachweisen kann. Diese 140 Tage müssen versicherungspflichtige Arbeit gewesen sein, das heißt der Dienstgeber, Unternehmer, mußte dafür die Beiträge für die Kranken- und Arbeitslosenversicherung leisten.

2. Für welche Kategorien von Arbeitern und Arbeiterinnen braucht keine Arbeitslosenversicherung eingezahlt werden?

- a) für die Landarbeiter;
- b) für Hausgehilfinnen und Hausgehilfen;
- c) für die Arbeitnehmer in ländlichen Gemeinden;

d) ebenfalls von der Versicherungspflicht ausgeschlossen sind Arbeitnehmer, die gleichzeitig bei mehreren Arbeitgebern beschäftigt sind.

Da für die genannten Kategorien keine Arbeitslosenversicherung eingezahlt werden braucht, bekommen die in diesen Berufen in Arbeit Befindenden keine Unterstützung im Falle der Arbeitslosigkeit, auch dann nicht, wenn sie die 140 Arbeitstage oder noch mehr innerhalb der letzten zwei Jahre nachweisen können.

3. Ausgenommen die unter 2. angeführten Kategorien haben unmittelbar bevor sie nichtversicherungspflichtige Arbeit angenommen haben, die Unterstützung bezogen. In diesem Falle bekommt der arbeitslos Gewordene im Anschluß an seine frühere Karte die Unterstützung weiter.

Ein Beispiel soll das erläutern: Die Arbeitslose N. N. ist im Bezug der Unterstützung. Es wird ihr eines Tages ein Posten als Hausgehilfin zugewiesen, sie bleibt 2 Jahre dort. Nach den 2 Jahren wird sie arbeitslos, meldet sich wieder zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung und bekommt, trotzdem sie

die 140 Tage versicherungspflichtige Arbeit nicht nachweisen kann, weil ja für eine Hausgehilfin keine Arbeitslosenversicherung bezahlt wird, die Unterstützung auf Grund ihrer Unterstützung vor 2 Jahren weiter. Wäre sie aber bevor sie den Posten als Hausgehilfin annahm, nicht im Bezug der Unterstützung gestanden, würde sie auch jetzt vergebens auf die Unterstützung warten.

Die im Punkt 2. c. angeführte Kategorie der wieder Anspruch, wenn in einem Betrieb der ländlichen Gemeinde regelmäßig mehr als 5 Arbeitnehmer beschäftigt sind, oder wenn die ländliche Gemeinde ein Kurort, Sommerfrische oder Fremdenverkehrsort ist. Manches erscheint im Gesetz unsinnig; für die Regierungsmänner, die das Gesetz gemacht haben, war das sowie vieles andere, was wir im Verlaufe der Gesetzesklärung noch kennenlernen werden, ein mit Vorbedacht ausgelegtes Netz, in das möglichst viele hineingelegt werden sollen. Deshalb ist es notwendig, daß alle Arbeitslose das Gesetz kennenlernen, um zu wissen, von welcher Seite ihnen eine Gefahr droht. (Fortsetzung folgt.)

Hantauer Regierung fest im Sattel, als sie mit offener Gewalt gegen die Arbeiterklasse auftrat und den Kommunisten den Fußtritt gab. Und wieder schrien die Kleinbürger mit Stalin an der Spitze: „Nieder mit Hantau!“ Als ob es nicht in der Logik des Klassenkampfes läge, daß ein bürgerliches Regime die Arbeiter und landarmen Bauernmassen unterdrückt!

Feng: Von der Mongolei her marschierte die Armee des Marshalls Feng. Der abenteuerliche General mittelte Morgenluft, er marschierte, um die Macht, um die sich Tschang-tai-Tschel mit Hantau streit, an sich zu reißen. Und wieder schrien die Stalin-Kleinbürger: „Es lebe Feng, der Hort der Revolution!“ Aber ach! Bald marschierte Feng die Bauern eben so gut, wie Tschang und Hantau. Der Hort der Revolution ward zum Hort der Konterrevolution!

Seither befindet sich der Süden Chinas im Zustand des Chaos; kleine Generale errichten in den einzelnen Provinzen ihre Herrschaft. Nur eines ist allen gemeinsam: der wütende Haß gegen die Arbeiterklasse und die revolutionären Bauern, die Geneserlinge für die Kommunisten und die Kapitulation vor dem Imperialismus.

Kanton: Die erste große Welle der chinesischen Volksrevolution war zusammengebrochen. Die kleinbürgerliche, antirevolutionäre Führung Stalins hatte der Bourgeoisie alle Macht in die Hände gespielt. Die Revolution hatte das Todesurteil über die Politik des Stalinismus gesprochen. Da griff das bankrotte Stalinsche Regime zum Mittel des Abenteuers. Den Kommunisten von Kanton wurde der Aufstand empfohlen, im Dezember 1927, im Zeichen der Befreiung der revolutionären Kräfte, wo alle Bedingungen für den Sieg fehlten, und so brach auch Kanton zusammen; es ertrank in einem Meer von Blut.

(Fortsetzung folgt.)

Wieder ein Wahltag!

Der „Arbeiterwille“ registriert die Landtagswahlen in Vorarlberg als einen sozialdemokratischen Wahltag. Was ist in Wirklichkeit geschehen? Die Bürgerlichen, die Christlichsozialen und Großdeutschen haben gegenüber den letzten Nationalratswahlen 2822 Stimmen verloren, die Sozialdemokraten nur 712 Stimmen. Durch eine schlechte Wahlbeteiligung, die bei den Bürgerlichen größer war als bei den Sozialdemokraten, konnten die Sozialdemokraten den Bürgerlichen ein Mandat abnehmen. Der Mandatserwerb ist also einer gewissen Wahlmüdigkeit zuzuschreiben und keineswegs ein wirklicher Erfolg, da auch die Sozialdemokraten 712 Stimmen verloren.

Zwei lehrreiche Verhandlungen.

Hausherr — Mieter und Richter.

Zwei abgehärmte, ausgehungerte Arbeiterfrauen sitzen neben ihrem Vertreter vor der Schiedskommission im Verhandlungsraum des Landesgerichtes in der Hellengasse. Alle erhoben die Beschwerde, die Tausende und Abertausende hier erheben: Beschwerde gegen den Hausherrn wegen zu hoher Reparaturkostenanrechnung. Die Reparaturkosten, das ist nämlich das Hintertürl, wo die Hausherrn heute trotz Mieterschutz das Geld aus den Taschen der Mieter herauszuschwindeln. Die Sozialdemokraten, die am Mieterschutzgesetz mitberaten und beschließend mitgewirkt haben, sind schuld, daß vor Jahren schon diese Hintertreppe für die Hausherrn gelassen wurde. Der Sachverständige, eher Hausherrn- als Proletariatsfreund, findet die Reparaturkosten durchaus angemessen. Der Hausherr erklärt die Kostenaufteilung sogar „gerecht“, doch wolle er eventuell auf eine ganz kleine Ermäßigung eingehen zum Beweis, daß die Hausherrn den Mietern entgegenkommen. Das klingt ebenso schön, wie die Erklärung eines Einbrechers, der sagte: ich will Ihnen mein Entgegenkommen beweisen, ich raube Ihre

Im Voitsberg-Röflacher Revier sollen nur mehr Befinnungslumpen Arbeit bekommen!

Der „Morgen“ veröffentlicht ein geheimes Rundschreiben der Heimwehrkommandos an ihre Untergruppen, das wir hier wörtlich wiedergeben:

Verlautbarung:

Der Bezirksvertretung Voitsberg der fleirischen Heimwehr ist es gelungen, mit der Vertretung der **Alpinen Montangesellschaft** in Rosenthal bei Röflach, den Werken **Baron Mayr-Melnhof**, Piberstein, und der Betriebsleitung der **Graz-Röflacher-Bahn** ein vertragliches Abkommen zu treffen, wonach von nun an in den genannten Betrieben nur mehr Mitglieder der Heimwehrverbände aufgenommen werden dürfen.

Ebenso wurde vereinbart, daß bei Wiedereröffnung der Werke im Langthal der Graz-Röflacher Bahn überhaupt nur mehr ausschließlich Heimwehrmitglieder aufgenommen werden.

Besgleichen sind Verhandlungen im Zuge, wonach auch in anderen Gegenden nur mehr ausschließlich Heimwehrmitglieder aufgenommen werden dürfen. Zur glatteren und genaueren Durchführung dieser vertraglichen Abmachungen wurde für die Aufnahme von Heimwehrmitgliedern eine eigene Stellenvermittlung im Rahmen des allgemeinen fleirischen Arbeitsnachweises, Graz, Hofgasse Nr. 14 geschaffen, zu deren Leiter Oberst Wagner ernannt wurde. Diese Verfügung ist allen Heimwehrkommandanten zur Kenntnis zu bringen.

Die Alpine-Montan, Baron Mayr-Melnhof und die Direktion der Graz-Röflacher-Bahn haben also mit dem Heimwehrkommando einen Band geschlossen, das nur mehr die verworfensten Subjekte, die Befinnungslumpen und die valentierten Trottel, die aus Dummheit bei der Heimwehr sind, Arbeit bekommen sollen. Mit diesem Bündnis zwischen Heimwehr und Unternehmer, wird über jeden klaffenbewußten Arbeiter, über jeden Arbeitslosen, der kein kläuslicher Subjekt ist, der Boulott ausgesprochen. Alle Aufrechten sollen mit Weis und Lind verhungern.

Arbeiter, Arbeitslose des westfleirischen Bergwerksreviers, besinnt euch auf euerer Nacht und brecht die Willkürherrschaft eurer Ausbeuter. In allen Betrieben, in allen Werken und Gruben agitiert für eine Rundgebung aller Arbeiter gegen die Unternehmer und Befinnungslumpen. Arbeiter aus schwarzen Revieren, schiebt die Gewerkschaftsführung und S. P. Leute, die von einer Rundgebung nichts wissen wollen, vorwärts. Als kampfbereite Masse haben die Unterdrückten Regierungen, Könige, Herrscher und Tyrannen schon gestürzt. Vor ihren Schritten sind Herrschertrönen in den Staub gefallen, und ebenso werdet ihr die Alpine-Montan und die Mayr-Melnhofs zur Raision bringen. Die Arbeit als ein Nosopolbesitz der Lumpen, dagegen müßt ihr euch zur Wehr setzen.

Böschung nur halb aus. — Vorsitzender DR. Nagler zum Vertreter der Mieter: „Haben Sie noch einen Antrag?“ Die Arbeiterfrauen gaben ihrem Vertreter leise und schwächern ihre Meinung kund, worauf sie vom Vorsitzenden Dr. Nagler angebrüllt wurden: „Ihr Weiber habt gar nichts zu reden, tut nichts als den ganzen Tag tratschen, marsch juräd“ und in überaus höflicher Form zum Hausherrn gewendet, erteilt er diesem zum Antrag des Mietervertreters auf Kostenermäßigung das Wort. Ende des Liebes: Die Reparaturkosten werden den Mietern aufgeschuldet, sie müssen zahlen und haben zu kuscheln.

Eine andere Verhandlung: P. Razianer, Besitzer des Hauses Herrgottswiesgasse 58, verlangt „nur“ 11.000 S als Reparaturkosten. Der halbe Saal ist voll, wieder die gleichen Gestalten: abgehärmte Arbeiterfrauen, ausgehungerte Arbeiter, die im Gerichtssaal ihr Recht gegen den Hausgeier finden wollen und noch lernen müssen, daß die Gerichte Einrichtungen der herrschenden Klasse sind, die niemals dem Proletariat dienen. Der Sachverständige findet ebenso wieder die Höhe der Kosten in Ordnung, nur bei einem Posten tritt er, um den Betrag schmählicher zu machen, für eine Ermäßigung ein, so daß die Mieter statt 11.000 S nur 10.028 S zu zahlen hätten. Der Vertreter der Mieter weiß nach, daß der Hausherr seit 20 Jahren keine Reparaturen vornehmen ließ, weshalb es ungerecht sei, die jetzigen Mieter mit dem vollen Betrag zu belasten. Der Sachverständige kommt den Hausherrn zu Hilfe: „1918 hätten Reparaturen durchgeführt werden sollen, jedoch machte dies die Geldentwertung unmöglich.“ Das ist sicherlich nicht der wahre Grund, er wird vielmehr in der Angst der Hausbesitzer, die Käufer nach bolschewistischer Methode überhaupt zu verlieren, zu suchen sein. Recht wäre es gewesen, den Hausgeiern die Häuser zu nehmen und alle Gebäude samt und sonders als Gemeingut zu erklären. Die S. P. hat abgeraten. Sehr zum Nachteil der Mieter, die es heute büßen müssen. Die Mieter des Hauses Herrgottswiesgasse 58 wurden verurteilt, die präferierte Rechnung von 10.028 S zu bezahlen. So wurden die Hausherrn die Mieter trotz Mieterschutz aus. Ohne demselben wäre es noch tausendmal ärger!

Das sind nur zwei Beispiele aus dem Leben der Arbeiterklasse. Berufstätige und Arbeiter! Wie lange wollt ihr noch dieser „Ordnung, Freiheit und Gleichheit“ zusehen? Nicht durch Raunzen, Schimosen und Gleichgültigkeit wird eure Lage geändert, sondern nur durch den organisierten Kampf gegen die Ausbeuterklasse mittels einer kampfbereiten Partei und das ist die kommunistische Partei (Opposition). Tretet ein in ihre Reihen!

Nus Zregit!

Wir haben in der letzten Nummer schon berichtet, wie die Gemeindefunktionäre es angefaßt haben, eine Wählerversammlung so festzusetzen, daß die Wähler nicht zur Versammlung kommen können. Die Spekulation ist den Gemeindefunktionären auch geklärt, von 694 Wählern sind nur 34 erschienen. Noch dazu wurde die Wählerversammlung um 9 Uhr Vormittag abgehalten, damit die Arbeitsmenschen nicht erscheinen können. Die Funktionäre der Gemeinde lachten untereinander über ihre gelungene Lumperei. Nun, da die Wähler täuschlich von der Teilnahme an der Versammlung ausgeschlossen waren, wurde unter den 34 abgestimmt, wer für die Aufnahme eines Darlehens ist, 16 stimmten dafür, 15 dagegen, 3 enthielten sich der Stimme. Diese Versammlung war, was für jeden klar sein muß, für die Entscheidung in einer so wichtigen Frage bei dieser Teilnehmerzahl nicht entscheidungsberechtigt. Die Gemeindefunktionäre unternahmen aber gegen die Wähler eine zweite Mogelei. Sie zählten die 660 abwesenden Stimmen zu den 16 Stimmen, die für die Anleihe gestimmt haben dazu, und erklärten sodann, die Wähler seien mit der Darlehensaufnahme einverstanden. Das Geld wird nun aufgenommen werden und um die Zinsen zu tilgen, wird der Arbeiter und kleine Bauer, mehr Gemeindeförder zahlen müssen. Andere Gemeinden kriegen bei Anleiheaufnahmen auch so ihre Wähler d'ran: sie rufen eine Versammlung Vormittag ein, zu der Arbeitsmenschen nicht kommen können und erklären, daß alle Nicht-erschienenen für die Anleihe sind. Das ist natürlich ein außerordentlich großer Betrag, welcher, es muß gesagt werden, vor allem auch viele sozialdemokratischen Gemeindefunktionäre auf böhere Weisung mit-

machen, weil die Kleinbürgerlichen S. P. Führer anstatt den offenen Massenkampf gegen die Ausbeutung der Gemeinden durch Bund und Land in die Wege zu leiten, um des Friedenswillens zur Puppenspiel greifen, worunter dann, die Arbeiter und kleinen Bauern zu leiden haben. Gegen diese Gemeindepolitik, die den Armen immer tiefer in die Taschen greift, wählt jeder, der die Sache durchschaut, Kommunisten als Gemeindevertreter.

Ein Dump.

Wie uns Arbeiter von Hingy wieder mitteilen, hat der Mastdarmschläufer von der Knochenmühle beim Meister Blesniger mitten unter der Woche, trotz Arbeit in Hülle und Fülle, erwirkt, daß die ihm unliebame Arbeiterin Ecelie J. wegen „Arbeitsmangel“ entlassen wurde. Und der Betriebsrat, aufstakt energisch dem Entlassungsschwindel entgegenzutreten, wo doch Tag für Tag Arbeiterinnen aufgenommen werden, erklärte sich als machtlos. Um die Dumpereien des Mastdarmschläufers aufzubeden, wird in der nächsten Nummer wieder ein Hingyprotokoll sich zu Wort melden.

Wer hat ihn zur Verzweiflung gebracht?

Beim schwarzen „Burgamasta“ von Niedergams war der Knecht Franz G. mehrere Jahre in Diensten. So wie wir berichtet haben, erging es auch ihm. Lohn hat er niemals einen zu Gesicht bekommen. Er mußte so wie ein richtiger Sklave des Altekums für Brot und Quartier roboten. Alle Freuden, die sich seine anderen Kollegen, weil sie einen Lohn hatten, leisten konnten, waren ihm verweigert. Da vergriff er sich einmal an fremdem Eigentum, wie sich die legalisierten Räuber und Betrüger ausdrücken. Er nahm 50 S. einen Betrag, den er in den Jahren seiner Dienstleistung nicht zehnmal, sondern hundertmal abgegeben hatte. Vier Monate bekam er und der wirklich Schuldige, der schwarze Burgamasta von Niedergams, ist der „angesehene“ Besitzer. So ist es heute, doch das, was heute ist, wird nicht immer sein.

Ein sozialdem. Betriebsrat belchmipft die Arbeitslosen.

Der Fanatiker Betriebsratsobmann Müller von Felten u. Quilleaume, ein sonst geistloser Tropf, gefällt sich in der Rolle, alle maßlos zu beschimpfen und zu verleumden, die nicht eine sozialdem. Nelke an ihrem Herzen tragen. So nennt er jetzt alle Anhänger der Komm. Partei (Opposition) und die des „Mahnruhes“ arbeitshungriges Gesindel, Demagogen, Gauner und was sonst noch diesem Geisteskinde mangels anderer Fähigkeiten entspringt. Wie groß sein Anhang ist, beweist, daß nur ein Drittel der Belegschaft zu den Betriebsveriamlungen erscheint, da die übrigen vor Ekel seinen Schimpfereien fernbleiben. Mit organisiertem Fußgestampeln und Johlen hindert er künstlich jeden anderen, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, der nicht seine geistigen Erzeugnisse feindet. Und das nennt sich Sozialdemokrat! Whit den Belchmipfungen Arbeitsloser hat er sich nur auf die Seite der Bürgerlichen gestellt. Den Betriebsarbeiter, raten wir, suchtslos und entschieden den Hezereien des Müller entgegenzutreten und jetzt schon die Antwort für die kommende Betriebsratswahl vorzubereiten. B. A.

Aus der Internationale.

Vormarsch der Opposition in der Tschechoslowakei.

Der Bezirksauschuß der R. P. Tsch. in Brantowitz a. d. E., hinter dem Zweidrittel der dortigen

starken Mitgliedschaft stehen, erklärte sich für die politische Linie des „Rudy prapor“ („rote Fahne“, des tschechoslowakischen Organes der leninistischen Opposition).

Im Bezirk Böhmisches Brod in Mittelböhmen lehnte eine Bezirkskonferenz spontan eine Resolution gegen den „Trochismus“ und die „trochistische Opposition“ ab und wählte eine auch oppositionelle Zeitung.

„Rudy prapor“ berichtet ferner über bedeutenden Einfluß der Opposition im Krummauer Gebiet (Kreis Budweis), wo auch der Krummauer Sekretär, Gen. Bierer, sich gegen den Ausschluß der linken leninistischen Opposition aus der R. P. der S. U. erklärte.

Verschiedenes

Dreimaliger Exekutionsversuch. Genosse Pfreiß wurde wegen der Schreibweise des „Mahnruhes“ in letzter Zeit mehrfach zu Geldstrafen und Prozestkosten verurteilt, die er aber als Arbeitsloser ohne Nebeneinkommen nicht zahlen kann. Dreimal war in den letztvergangenen Tagen eine Exekutionskommission, einmal sogar mit den Mieterschreck bei ihm, um die Beträge im Pfändungswege hereinzubringen. Angesichts der Armutigkeit seines Hab und Gutes, mußte die Exekutionskommission jedesmal ununterrichteter Dinge abziehen. Cirka 200 Schilling sollte Genosse Pfreiß insgesamt bezahlen. Da auch in der Verwaltungskassa des „Mahnruhes“, dank der Gleichgültigkeit vieler Parteigenossen und Sympathisierender, die nicht einmal die primitivste Aufgabe der Abonnentenwerbung erfüllen, kein Geld ist, wird Genosse Pfreiß wieder auf einige Tage ins Bezirksgericht wandern, um die Geldstrafen als Arreststrafen abzulösen.

Ein aufgehobenes Urteil. Selbstverständlich betrifft es keinen Proletarier, sondern die christlich-soziale Bürgermeisterin von Tulln, die, um ihrer Zimmerei Beschäftigung zuzuführen, Brandlegung im großen Stil betrieb. Das Völkser Geschworenengericht verurteilte sie zu 12 Jahren, der Oberste Gerichtshof hob das Urteil, weil es für eine Christlichsoziale zu hoch ist, auf und ordnete eine neuerliche Verhandlung an.

13 Naturfreunde verunglückt. Auf einer Partie auf den Sonnblick sind 17 Naturfreunde auf ein Schneebrett getreten und abgestürzt. Nur vier konnten gerettet werden.

Graveles Mittelalter. Wir lachen, wenn wir von Hexenprozessen des Mittelalters hören. Was aber, wenn heute Gesetze der Republik den Heiligen Kult, den schreiendsten Blödsinn verteidigen? Vor dem Leobner Schöffenserrat stand der Parschluger Bergarbeiter Menghaini als Angeklagter, weil er sich über die „heilige Barbara“ allfällig geäußert hat. Die Verhandlung wurde vertagt.

Vorarlberger Landtagsergebnis. Christlichsoziale 45332, Großdeutsche 8750, Landbund 7337, Sozialdemokraten 16244, Nationalsozialisten 763. Gegenüber der letzten Landtagswahl haben alle Parteien durch eine größere Wahlbeteiligung gewonnen. Gegenüber der letzten Landtagswahl haben alle Parteien durch eine größere Wahlbeteiligung die S. P. 722 Stimmen.

Arbeiter! Verlangt in den Krawallen und Gasthäusern und bei euren Friseurinnen die Aufhebung des „Mahnruhes“!

Personalvertretungswahlen bei der Grazer Polizei. Abgegeben wurden 481 Stimmen. Auf die Liste der Welfen (unpolitische Liste) entfielen 342, auf die freigewerkschaftliche Liste 139 Stimmen. 12 Stimmen waren unglücklich.

Ein abstraktisches Kleinflugzeug wurde in London vorgeführt. Wem wird es zugute kommen? Der Kriegstechnik, dem neuen Völkermord, der vorbereitet wird und teilweise z. B. in Arabien schon im Gange ist.

In 5 Jahren Kerker wurde Rado Bujovic, ein Student in Belgrad, wegen kommunistischer Propagandaarbeit verurteilt. Die Herrschenden fürchten das Gespenst des Kommunismus.

Stalinismus in der Prag. Zwei deutsche Ingenieure, welche im Donezgebiet Sabotageakte gegen die Sowjetindustrie organisierten, wurden auf freiem Fuß gesetzt, obwohl das Gerichtsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Dem muß man gegenüberstellen die Verbannung der Opposition, Trochismus und anderer. Dann weiß man, wieviel es geschlagen hat.

Die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten wird, nach der offiziellen Statistik, mit 123 Millionen angegeben.

In 18 Monate Kerker wurde vom Warschauer Kreisgericht der Arbeiter Lopatschin wegen des Besitzes eines kommunistischen Flugblattes verurteilt.

Auch in Paris wird der Herrschaftsapparat des Bürgertums gegen die Arbeiter, die Polizei ausgebaut. Polizeiaufstellungen werden eingerichtet, der Patrouillendienst wird auf Motorrädern versehen und die einzelnen Polizeistationen bekommen überdies Kleinautos zugeteilt.

Der heilige Krieg in Arabien, geführt von Ibn Saud aus dem Stamme der Wahabiten, ist eine nationale Revolution gegen den englischen Imperialismus. Amerika sucht diese nationalrevolutionäre Bewegung für den amerikanischen Öltraft, der den englischen Öltraft aus Mesopotamien verdrängen will, auszunützen, um sich an die Stelle des englischen Imperialismus zu setzen.

Große Wanderm demonstrationen in Deutschland. Gegen den hohen Steuerdruck marschierten 6000 Bauern im Orte Ririk, Brandenburg, auf und stürmten gegen das Finanzgebäude. Polizeiketten wurden von den Bauern mehrmals durchbrochen, bis Verhaftungen die „hohen Herren“ im bedrohten Gebäude retteten. Die Bauern haben gut getan, dieses Mittel in Anwendung zu bringen. Es wirkt besser als quatschen. Am besten wird es wirken, wenn Arbeitsmann und Arbeitsbauer gemeinsam allerort ihre Peiniger, ihre Ausbeuter zum Teufel jagen werden.

Fortschritte in der Heilkunde. Ein Berliner Arzt entdeckte in der Leber Säfte, die auf die Herzaktivität äußerst belebend wirken. In Laboratoriumsversuchen gelang es ein Froschherz, das schon 45 Minuten stille stand, durch diesen aus der Leber gewonnenen Saft, (Harmon Eutomon) wieder in geregelte Tätigkeit zu setzen.

10000 Erwerbslose marschierten in Kopenhagen vor das Schloß Christianborg, dem Sitz des Reichstages, auf und überreichten dem Minister des Innern ihre Forderungen. Da Tausende von auswärts zur Demonstration kamen, haben sie von der Staatsverwaltung Nachtlager und Abendessen geordert, was man ihnen nicht abzuschlagen wagte.

Die Einwohnerzahl Sowjetrußlands beträgt nach der letzten Zählung 147 Millionen Menschen.

Wegen Platzmangel folgt Fortsetzung des Romanes in der nächsten Nummer!

Eigentümer: Arbeitergemeinschaft des „Mahnruhes“, Graz, Elisabethergasse 20. — Herausgeber und Verleger: Anton Roth, Graz, Hirtengasse 3. — Verantwortlicher Redakteur: Albert Bureil, Graz, Holzgarenerstraße Nr. 11. — Druck: Alexander Baum, Graz, Untere Stadt Nr. 19